

Bundesministerium für Justiz
Museumstrae 7
1070 Wien

per E-Mail: team.z@bmj.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

ZI. 13/1 20/119

2020-0.645.684

BG, mit dem die Rechtsanwaltsordnung und das EIRAG geändert werden

Referent: Hon.-Prof. Mag. Dr. Peter Csoklich, Rechtsanwalt in Wien

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der österreichische Rechtsanwaltskammertag (ÖRAK) dankt für die Übersendung des Entwurfes und erstattet dazu folgende

S t e l l u n g n a h m e :

I. Zu  1, 34 und 60 RAO bzw.  1 EIRAG

Gegen die im Zusammenhang mit dem Auslaufen der ubergangsperiode gemäß dem Abkommen über das Ausscheiden des Vereinigten Konigsreichs aus der Europäischen Union stehenden übergangsregelungen für Staatsangehörige des Vereinigten Konigsreichs, eine vor Ende des Übergangszeitraums bereits begonnene berufliche Tätigkeit als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt bzw. eine begonnene Tätigkeit als Rechtsanwaltsanwärter auch nach Ende des Übergangszeitraums weiter ausüben zu dürfen und sich später, zeitlich begrenzt, dies unter den sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (Eintragung in die Liste der österreichischen Rechtsanwälte nach 3-jähriger Tätigkeit und entsprechenden Nachweis der Beschäftigung mit österreichischem Recht bzw. Ablegung einer Eignungsprüfung), auch in die Liste der (österreichischen) Rechtsanwälte eintragen lassen zu können und somit eine vor dem Ende des Übergangszeitraums in die Wege geleitete „Vollintegration“ zeitlich begrenzt abschließen zu können, wird seitens des ÖRAK kein Einwand erhoben.

Dass die entsprechende Übergangsregelung an das Kriterium der Gegenseitigkeit sowie die Aufenthaltsvorschriften nach dem Austrittsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geknüpft wird, ist sachgerecht.



Ausdrücklich begrüßt werden die Klarstellungen in den Erläuternden Bemerkungen, dass dies nur für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (natürliche Personen), nicht jedoch für Rechtsanwaltsgesellschaften gilt, sowie weiters, dass die Bestimmungen des EIRAG über die Dienstleistungsfreiheit nicht anwendbar sind. Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte bzw. Rechtsanwaltsgesellschaften aus dem Vereinigten Königreich können daher künftig nur wie sonstige Drittstaatsangehörige nach dem 5. Teil des EIRAG in Österreich (entsprechend eingeschränkt) tätig werden.

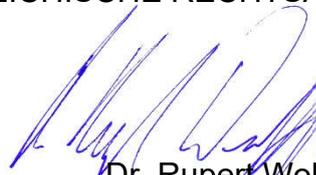
Weiters werden ausdrücklich auch die sachlich völlig korrekten Hinweise in den Erläuternden Bemerkungen begrüßt, dass die vorgeschlagenen spezifischen Übergangsregelungen ausschließlich im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union stehen und daher daraus keine Rückschlüsse auf die Erbringung von „legal services“ durch Drittstaatsangehörige im Zusammenhang mit in Dienstleistungs-/Handelsabkommen vorgesehenen Meist-Begünstigungsklauseln abgeleitet werden können.

II. Zur Änderung in § 48 Abs. 1 RAO

Ebenso wird die vorgeschlagene Änderung in § 48 Abs. 1 RAO uneingeschränkt begrüßt.

Wien, am 16. November 2020

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG


Dr. Rupert Wolff
Präsident

